Interview im WDR5 Morgenecho zum Thema „Seehofers Vorschläge zur Flüchtlingspolitik“ am 22. Juli 2015 mit Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Frank Wörner

Die Koalition hat ihr neues großes Streitthema, nämlich die Flüchtlingspolitik. CSU-Chef Seehofer hat ja vorgeschlagen, Asylbewerber gleich einmal zu unterteilen, wenn sie hierher kommen. Einmal in diejenigen, die zum Beispiel aus Kriegsgebieten kommen, die also tatsächlich auch eine große Chance haben, hier Asyl zu bekommen und zum anderen, den Wirtschaftsflüchtlingen, die also praktisch keine Chance haben, hierbleiben zu dürfen. Bayern hat vorgestern beschlossen, zwei Aufnahmezentren in Grenznähe einzurichten für Flüchtlinge vom Balkan, die dann nicht auf die dann Kommunen verteilt werden. Also die könnten dann entlastet werden. Am Telefon ist der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg.
Guten Morgen, Herr Landsberg.

Dr. Landsberg

Guten Morgen, Herr Wörner.

Frank Wörner

Könnte das denn die Städte und Gemeinden tatsächlich entlasten?

Dr. Landsberg

Das könnte die Städte und Gemeinden entlasten. Wir fordern ja generell, dass die Entscheidung, bekommt der Betreffende Asyl oder bekommt er es nicht, bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung getroffen wird. Wenn er Asyl hat, soll er auf die Kommunen verteilt werden. Dort soll er dann auch direkt arbeiten können, integriert werden. Wenn er kein Asyl bekommt, soll er dort bleiben und gegebenenfalls ausreisen oder abgeschoben werden. Das ist eine Forderung, ehrlich gesagt, habe ich mich etwas gewundert, dass dieses Thema so hochkocht. Das sind genau die Dinge, die wir auf dem Flüchtlingsgipfel mit den Ländern und der Kanzlerin besprochen haben. Da war völlig unstrittig, wir müssen mehr für die Verfolgten tun, aber wir müssen auch ehrlich sein, denn 40 Prozent der Personen aus Ländern kommen, wo eine politische Verfolgung nicht stattfindet. Dann müssen wir denen auch sagen, ihr habt hier keine Perspektive, ihr werdet zurück müssen. Denn es ist nicht die Aufgabe des Asylrechts, für Wirtschaftsflüchtlinge, die aus nachvollziehbaren Gründen hierher kommen, ein Bleiberecht zu garantieren. Insofern finde ich die Diskussion erstaunlich.

Frank Wörner

Nun gibt es ja einiges schon an Kritik von SPD und Grünen vor allem. Die sprechen davon Stammtischrhetorik, haben diesen Vorschlag von Horst Seehofer als menschenverachtend bezeichnet. Blenden die die Realität aus?

Dr. Landsberg

Ich glaube, dass sie die Realität ausblenden. Wenn Sie sich überlegen, dass seit 1. Januar aus den Balkanstaaten mehr Menschen gekommen sind, als aus Syrien, dass über 99 Prozent dieser Personen hier kein Asyl bekommt, dann muss man darauf

reagieren. Wir haben übrigens auch in diesem Flüchtlingsgipfel gesagt, wir wollen, dass die Bürgerkriegsflüchtlinge schneller Asyl bekommen. Wir haben nicht gesagt, die anderen bekommen ihre Verfahren abgeschnitten. Selbstverständlich hat auch jeder, der aus dem Balkan kommt, einen Anspruch drauf, dass sein Antrag individuell geprüft wird. Er kann Rechtsschutz einlegen. So, und wenn man jetzt wie in Bayern sagt, wir konzentrierten diesen Personenkreis in den dafür bestimmten Erstaufnahmeeinrichtungen, dann ist das ein möglicher Weg. Man muss fairerweise sagen, der hat natürlich Risiken. Da sitzen dann eine Menge Leute zusammen, die wissen, wir können nicht bleiben, das ist ein gewisser Sprengstoff. Umgekehrt, nehmen sie die in die ganz normale Erstaufnahmeeinrichtung, gibt es natürlich wieder Konkurrenz. Da ist der Bürgerkriegsflüchtling, der bekommt möglicherweise sehr schnell Asyl, der andere muss warten, wird wahrscheinlich sogar abgeschoben, auch das ist nicht ganz einfach. Aber zu sagen, das ist Stammtisch und das geht alles nicht, das verstehe ich ehrlich gesagt nicht.

Frank Wörner

Sie haben gerade die Risiken schon mal grob angesprochen. Was genau für Risiken sehen Sie, dass die sich da zusammenrotten und was auch immer dann tun oder was befürchten Sie?

Dr. Landsberg

Sie müssen natürlich überlegen, es kommt ein bisschen darauf an, wie groß ist so eine Einrichtung. Wenn da 50 oder 100 Leute sind, ist das wahrscheinlich unproblematisch. Aber wenn sie von Hunderten oder über Tausend spreche, ist das hier problematisch. Die wissen, dass sie wahrscheinlich am Ende hier nicht bleiben können und das schafft natürlich auch eine Negativstimmung. Und die gehen natürlich auch nicht gerne zurück. Und das muss man auch verstehen. Die sind zwar nicht politisch verfolgt, aber in einer fürchterlichen wirtschaftlichen Situation. Und deswegen meine ich auch, wir sollten die politische Diskussion darauf konzentrieren, wie können wir sicherstellen, dass sie in ihrer Heimat eine Perspektive, eine Lebens- und Arbeitsperspektive haben. Da ist die EU gefordert, da ist die Bundesregierung gefordert. Damit hilft man denen mehr als mit solchen Diskussionen.

Frank Wörner

Wie kann man denn verhindern, dass da Leute vorverurteilt werden, indem man schon gleich sagt, die kommen sowieso in dieses grenznahe spezielle Aufnahmelager, da sind sowieso nur Wirtschaftsflüchtlinge?

Dr. Landsberg

Also „nur Wirtschaftsflüchtlinge“ ist natürlich für das Einzelschicksal aus meiner Sicht nicht die richtige Bezeichnung. Man muss sich klarmachen, dass es denen richtig schlecht geht, dass die humanitären Zustände in Teilbereichen des Balkans wirklich sehr miserabel sind und dass wir gemeinsam mit der EU da helfen. Übrigens auch die dortigen Regierungen haben gar kein Interesse, dass die Leute weggehen, denn es sind ja quasi Leistungsträger, die weg sind und wenn man das kommuniziert, dann, glaube ich, gibt es auch nicht diese Vorbehalte, die Sie gerade noch einmal dargestellt haben.

Frank Wörner

Wenn die Kommunen – wie Sie sagen – vom Seehofer-Vorschlag profitieren – können Sie ungefähr beziffern, um wie viel Geld es da geht?

Dr. Landsberg

Das kann ich natürlich nicht beziffern. Nur man muss klar sagen, jeder einzelne Flüchtling, der in die Kommune kommt, kostet uns im Moment mehr als Bund und Länder erstatten und ist insofern natürlich auch eine finanzielle Herausforderung. Bund und Länder haben zugesagt, dass sich das ändert, erste Schritte sind eingeleitet. Im Endergebnis muss es so sein, dass die Kommunen zwar die Aufgabe wahrnehmen, aber die Kosten von Bund und Ländern voll erstattet werden.